



Landesrechnungshof Postfach 3180 24030 Kiel

Vorsitzender
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Nachrichtlich

Herrn Staatssekretär
Dirk Loßack
Ministerium für
Bildung und Wissenschaft
des Landes Schleswig-Holstein
Brunswiker Straße 16 - 22
24105 Kiel

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
24 - Pr 1637/2010

Telefon 0431 988-0
Durchwahl 988-8971

Datum
17. Juli 2013

IT-Einsatz in der Schulverwaltung; Stellungnahme des Bildungsministeriums vom 17.06.2013 (Umdruck 18/1348) i. V. m. Umdruck 18/1187

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Landesrechnungshof hat in der 28. Finanzausschusssitzung am 14.02.2013 zur Beratung der Umdrucke 18/254 und 18/390 darauf hingewiesen, dass nach wie vor Antworten auf folgende Fragen ausstünden:

- Wie kann in Schleswig-Holstein ein standardisiertes Schulverwaltungsverfahren erreicht werden?
- Wie können die IT-Kosten in Schulen zwischen Land und Kommunen gerecht verteilt werden?
- Wie kann ein Mehrwert des Landesnetzes Bildung erreicht werden?

Der Finanzausschuss hat in der Folge der Beratungen das Bildungsministerium gebeten, konkrete, belastbare Zahlen zu den Kosten einer einheitlichen und standardisierten Schulverwaltungssoftware vorzulegen (z. B. mithilfe von Dataport) und die Fragen zu beantworten:

- Welche Effizienzgewinne bringt eine einheitliche, standardisierte Schulverwaltungssoftware?
- Welche administrativen, ökonomischen und praktischen Vorteile haben Schulen von einem einheitlichen System?
- Wie sähe eine konkrete Maßnahmen- und Zeitplanung für die Einführung einer standardisierten Schulverwaltungssoftware aus?

Das Bildungsministerium verwies darüber hinaus auf die Bereitschaft der Kommunalen Landesverbände, zum Thema Schulverwaltungssoftware eine Abfrage bei den Kommunen durchzuführen.

In der 42. Sitzung des Finanzausschusses am 13.06.2013 teilte das Bildungsministerium in Umdruck 18/1187 mit, dass zur Vor- und Aufbereitung des vielschichtigen und umfangreichen Themas Schulverwaltung ein Termin mit dem Landesrechnungshof, Dataport und der Staatskanzlei vereinbart wurde, um das weitere gemeinsame Vorgehen abzustimmen. Dem Finanzausschuss solle der erbetene Bericht erst nach diesem Termin zugeleitet werden.

Das Bildungsministerium hat zum 24.07.2013 zu diesem Gespräch eingeladen. Gleichwohl legt das Bildungsministerium mit Umdruck 18/1348 vom 17.06.2013 den erbetenen Sachstandsbericht vor.

Der Landesrechnungshof nimmt zu dem vorgelegten Sachstandsbericht wie folgt Stellung:

- Der Sachstandsbericht gibt im Wesentlichen die vom Bildungsministerium in der Finanzausschusssitzung am 14.02.2013 vorgetragenen Darstellungen wieder.
- Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Schulverwaltung beziehen sich auf den Sachstand Juli 2009.
- Der Bericht geht nicht auf die Fragestellungen aus dem Finanzausschuss (belastbare Kosten, Zeit- und Maßnahmenplanung, Effizienzgewinne, praktische Vorteile für Schulen) ein.
- Der Bericht gibt keine Auskunft, ob die angekündigte Umfrage zur Schulverwaltungssoftware bei den Kommunen erfolgt ist und zu welchen Ergebnissen diese führt.
- Die Abstimmung zwischen Bildungsministerium, Dataport, Staatskanzlei und Landesrechnungshof zur Vor- und Nachbereitung des vielschichtigen Themas hat noch nicht stattgefunden.
- Der Bericht enthält keinen Hinweis, ob und wie die Schulträger oder die Kommunalen Landesverbände in die aktuelle Diskussion einbezogen wurden.

Der Landesrechnungshof erwartet, dass die Gespräche mit allen Beteiligten (einschließlich der Kommunen) zügig erfolgen, damit im Anschluss daran vom Bildungsministerium ein aktueller Sachstandsbericht mit allen angeforderten Anlagen (Kostenanalyse, Anforderungskatalog, Zeit- und Maßnahmenplanung) vorgelegt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. Eggeling